STUTTGARTER ZEITUNG 6 LANDESPOLITIK Nr. 26 | Mittwoch, 2. Februar 2022

## Verfahren gegen Palmer könnte März losgehen

Ministerpräsident Kretschmann hat eine neue Abstimmung zu dem Tübinger OB ins Gespräch gebracht.

as Parteiordnungsverfahren der Grünen gegen den Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer könnte im März offiziell beginnen. Das Landesschiedsgericht habe Palmers Anwalt Rezzo Schlauch aufgefordert, bis Ende Februar seine Stellungnahme zum Ausschlussantrag des Landesvorstands abzugeben, sagte eine Sprecherin des Landesverbands am Dienstag in Stuttgart. Schlauch beklagte, dass der Landesvorstand neun Monate gebraucht habe, um ihm den Antrag offiziell zu überstellen. Es könne deshalb sein, dass er noch eine Fristverlängerung beantrage, sagte der frühere Grünen-Spitzenpolitiker.

Ein Landesparteitag hatte Anfang Mai 2021 beschlossen, ein Parteiordnungsverfahren gegen den wegen seiner Provokatio-



ein Parteitag Baden-Württembergs lösen.' Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat Winfried eine neue Abstimmung Kretschmann. bei einem Grünen-Lan-Ministerpräsident desparteitag über das

Ausschlussverfahren gegen Palmer ins Gespräch gebracht. "Wir haben einen Parteitagsbeschluss zu diesem Ausschlussverfahren, das hat der Palmer selber befürwortet. Das Problem kann nur ein Parteitag lösen", sagte Kretschmann am Dienstag in Stuttgart. Er bekräftigte seine Kritik an dem Verfahren: "Das ist nicht der Weisheit letzter Schluss." Die Kritik am Ausschlussverfahren der Grünen gegen Palmer nimmt auch unter prominenten Parteifreunden zu. Auch der Grünen-Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer äußerte sich skeptisch. Das Verfahren sei eine baden-württembergische Angelegenheit, und die Landespartei müsse sich auch mit Kritik daran auseinandersetzen, sagte Bütikofer. "Dazu braucht es keine Ratschläge aus Brüssel.'

#### Neue Achterbahn im Europa-Park

**RUST.** Ubersehen konnte man sie nicht: Eine riesige Parabolantenne verlässt Deutschlands größten Freizeitpark, den Europa-Park in Rust (Ortenaukreis). Der Platz werde für eine neue Achterbahn gebraucht, sagte eine Sprecherin. Die zerlegte Antenne werde entsorgt und nicht an anderer Stelle aufgebaut. Am Dienstag hob ein Kran ein stählernes Dreibein heraus. An diesem Mittwoch soll die Radarschüssel mit 45 Metern Durchmesser abgebaut werden. Ende der 1990er Jahre war die Antenne von einer nahe gelegenen Anlage des Bundesnachrichtendiensts zum Europa-Park gewechselt. Der Umzug des 50 Tonnen schweren Stahlkonstrukts war eine spektakuläre Aktion.

### Scharfe Kritik an Kultusministerium

STUTTGART. Mit beißender Kritik am Kultusministerium reagiert der Philologenverband auf die am Montag veröffentliche Forsa-Studie zur Lehrergesundheit. Es sei "an Zvnismus nicht zu überbieten", wenn das Kultusministerium auf Fortbildungen verweise, bei denen sie lernen sollten, mit den Belastungen besser umgehen zu können statt dafür Sorge zu tragen, dass die Lage an Schulen eben nicht mehr so belastend sei. Dazu müssten genug Lehrer eingestellt und kranke Lehrer schnell ersetzt werden, etwa durch die Bildung von Vertretungspools.

Wie berichtet, beklagt laut Studie fast jeder zweite Schulleiter längere krankheitsbedingte Ausfälle im Kollegium. Vier von zehn Rektoren sagen, immer öfter fehlten Lehrer langfristig wegen psychischer Probleme. Die SPD-Bildungspolitikerin Katrin Steinhülb-Joos, selbst ehemalige Rektorin, kritisierte, dass Schulen erst Ersatz anfordern könnten, wenn ein Lehrer krank sei. Die Hilfe müsse früher ansetzen, wenn sich zeige, dass ein Lehrer überfordert sei, etwa durch den Einsatz von pädagogischen Assistenten.

Von Bärbel Krauss

ie Ungewissheit, wie es angesichts der Omikron-Welle an den Schulen weitergeht, und die Widersprüchlichkeit und Kurzatmigkeit der baden-württembergischen Coronapolitik insgesamt gehen den Bürgern zunehmend an die Nieren. Das drückt die Stimmung und die Zustimmung zum Coronakurs der grün-schwarzen Landesregierung. Dies legt die aktuelle Meinungsumfrage im BaWü-Check offen.

Schule Wie seit Beginn der Pandemie haben die Schulen sich auch in der aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Südwesten als schwierigstes Krisenfeld der Coronapolitik bestätigt. 60 Prozent der befragten Bürger im Land sind mittlerweile unzufrieden mit der Schulpolitik der grün-schwarzen Landesregierung in der Coronakrise. Seit der Vergleichsumfrage im Dezember 2020 ist die Zahl der Unzufriedenen noch einmal um drei Prozent gewachsen, während der Anteil der Zufriedenen in der gleichen Zeit von 34 auf 27 Prozent gesunken ist. Dass Eltern von Schulkindern noch ein wenig strenger urteilen, liegt auf der Hand: In dieser Gruppe ziehen mehr als zwei Drittel (68 Prozent) eine kritische Bi-

lanz der Corona-Schulpolitik. Vor allem zwei Problem-Check felder bestimmen das Urteil der Befragten.

Coronar-Rückstand

∠ Hauptsächlich geht die Unzufriedenheit der Eltern darauf zurück, dass ihre Kinder während der

Lockdown-Phasen nicht Kompetenzen, sondern Wissenslücken erworben haben. Während Bildungsforscher schätzen, dass in ganz Deutschland rund ein Fünftel der Schüler Hilfe beim Nachlernen benötigt, um die Coronadefizite wieder aufzuholen, zeichnen die im BaWü-Check befragten Eltern ein dramatischeres Bild: Eine überwältigende Mehrheit von fast drei Vierteln sieht ihre Kinder mit dem Lernstoff im Rückstand. 33 Prozent diagnostizieren dabei sogar eine deutliche Lücke; vierzig Prozent gehen von einem "begrenzten Rückstand" aus. Nur ein Fünftel der Eltern (21 Prozent) meint, dass ihre Kinder beim Lernen im Lockdown gar keine Einbußen erlitten haben.

• Präsenzunterricht Gerade in der aktuellen Omikron-Welle stiftet das hohe Risiko von Klassen- und Schulquarantänen große Unsicherheit bei den Eltern von Schulkindern: Sie machen sich Sorgen über die Verlässlichkeit des Präsenzunterrichts und leiden nach der Interpretation der Meinungsforscher vor allem unter dem Verlust an Planungssicherheit in der Betreuungsfrage. 31 Prozent der Väter und Mütter machen sich große, 20 Prozent sehr große Sorgen, dass ihre Kinder in der nächsten Zeit wegen Corona kurzfristig nicht mehr in die Schule gehen können. Dabei halten rund zwei Drittel der befragten Bürger und der befragten Eltern den Grundsatzbeschluss für richtig, die Schulen und Kitas in der Pandemie weitgehend offen zu halten. Im Rückblick auf das letzte Quartal 2021 bewerteten 81 Prozent der Eltern den Unterricht zwischen Herbstund Weihnachtsferien insgesamt als verlässlich. Ein Viertel berichtete, dass häufig einzelne Stunden ausgefallen seien. Die Erwartungen zum Präsenzunterricht prägen das Urteil über die Corona-Schulpolitik wesentlich: Die in dieser Hinsicht zufriedenen Bürger vertrauen mit großer Mehrheit auf einen verlässlichen Unterricht in den nächsten

Theresa Schopper ist der Hälfte der

Bürger noch

unbekannt.

Monaten. Die eher Unzufriedenen sehen den Präsenzunterricht mehrheitlich als unsicher an.

Coronaschutz Zufrief + dener als vor einem Jahr sind die Eltern mit Infektionsschutzmaßnahmen an den Schulen. Im Dezember 2020 fanden 47 Prozent der Eltern den Coronaschutz als ausreichend, 39 Prozent hätten sich mehr Vorsichtsmaßnah-

men gewünscht. Aktuell finden 55 Prozent der Eltern die Schutzvorkehrungen ausreichend, und nur noch 32 Prozent wünschen sich ein höheres Schutzniveau.

Digitales Ein gemischtes Bild ergibt sich bei der Frage nach dem digitalen Fortschritt in den Schulen. Nur zwanzig Prozent der befragten Eltern sagen aktuell, durch die Coronakrise sei die Digitalausstattung der Schulen besser geworden; 60 Prozent dagegen erklären, dass sich auf diesem Feld nicht viel getan habe. Vergleicht man die aktuelle Umfrage mit dem BaWü-Check vom Dezember 2020, ergibt sich jedoch ein etwas positiveres Bild. Denn da ist der Anteil der

# Die große Sorge Lernrückstände

BaWü-Check

Die Coronapolitik des Landes insgesamt und zwei Minister bekommen schlechte Noten für die Pandemiebewältigung.

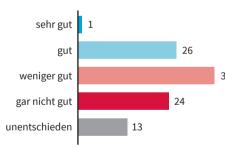


#### DER BAWÜ-CHECK IN AUSGEWÄHLTEN GRAFIKEN

Welche Meinung haben Sie von der Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne)? Angaben in Prozent, Bevölkerung insgesamt



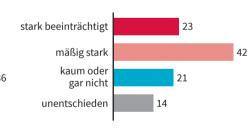
Wie bewerten Sie die Schulpolitik des Landes in der Coronakrise? Angaben in Prozent, Bevölkerung insgesamt



Wie bewerten Sie die Arbeit von Sozialminister Manfred Lucha in der Coronakrise Angaben in Prozent, Bevölkerung insgesamt



Ist die Gesundheitsversorgung in Ihrer Region durch die Pandemie beeinträchtigt? Angaben in Prozent, Bevölkerung insgesamt



Die Landesregierung hat sich festgelegt, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen auch während der Pandemie möglichst offen zu halten. Halten Sie das für richtig? Angaben in Prozent



Wie bewerten Sie die Ausstattung der Schule Ihres Kindes/Ihrer Kinder mit Computern und anderen digitalen Medien? Würden Sie sagen, die Schule ist da ...?

Eltern von Schulkindern

Grafiken: Locke, Zapleta

Ende 2020 2022 sehr gut ausgestattet ausgestatte eher schlecht ausgestattet sehr schlecht ausgestatte unterschiedlich unentschieden



Wenn Sie einmal daran denken, welche Vorsichtsmaßnahmen die Schule zum Schutz vor Corona getroffen hat: Halten Sie die Vorsichtsmaßnahmen für ...? Angaben in Prozent

Mütter

müsste mehr tun unentschieden

Ouelle: IfD-Allensbach

Eltern von Schulkindern

ausreichend

■ Ende 2020 ■ 2022 2022 **WAS IST DER BAWÜ-CHECK?** 

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die das Institut für Demoskopie Allensbach inzwischen zum achten Mal durchgeführt hat. In diesem Jahr ist es das erste Mal, dass der BaWü-Check den Bürgern im Südwesten den politischen Puls gefühlt hat.

Zeitraum In der Zeit vom 11. bis zum 21. Januar wurden in Baden-Württemberg 1044 erwachsene Personen online befragt. Die Teilnehmer erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Dieser umfasste 18 Fragen rund um die Coronapolitik der Landesregierung. Die Teilnehmer konnten vorgegebene Antworten anklicken.

Auswahl Um die Repräsentativität der Befragung zu gewährleisten, wurde eine faktorielle Gewichtung der Stichprobe vorgenommen. Diese orientiert sich an den Ergebnissen des Mikrozensus aus dem Jahr 2020. red

Eltern, die die Schule ihres Kindes als eher gut ausgestattet wahrnehmen, von 25 auf 37 Prozent gewachsen; zugleich ist die Zahl der Väter und Mütter um zehn Punkte auf 48 Prozent gesunken, die der Schule ihrer Kinder eine eher oder sehr schlechte Digitalausstattung bescheinigen. Fortschritte werden zwar wahrgenommen, schreiben die Allensbach-Forscher, doch sowohl in Baden-Württemberg als auch auf Bundesebene würden sie als noch völlig unzureichend bewertet.

Zeugnis I Nach acht Monaten im Amt ist Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) fast der Hälfte der Bürger (47 Prozent) und einem Drittel der Eltern von Schulkindern (34 Prozent) noch unbekannt. Die mangelnde Bekanntheit schützt die Ministerin vor allzu schlechten Zensuren, denn die meisten Befragten trauen sich kein Urteil über sie zu. Neun Prozent der Bürger haben eine gute Meinung von ihr, doppelt so viele Bürger bewerten sie negativ. Im Vergleich mit ihrer Vorgängerin Susanne Eisenmann (CDU) zieht Schopper aber deutlich weniger Kritik auf sich. Eisenmann sahen 39 Prozent der Eltern kritisch. Bei Schopper sind es nur 28 Prozent.

**Zeugnis II** Nach sechs Jahren im Amt und nach zwei Jahren an der Spitze des zentralen Coronaressorts der Landesregierung bekommt der grüne Gesundheitsminister Manfred Lucha schlechte Zensuren. Nach wie vor kennen ihn 23 Prozent der Bürger nicht; weitere 39 Prozent bescheinigen ihm weniger gute oder gar keine gute Arbeit. Ein

positives Urteil geben nur 23 Prozent der Befragten ab. Besonders bemerkenswert ist, dass Lucha bei den Befragten, die ihn kennen und sich ein Urteil zutrauen, noch schlechter abschneidet: 51 Prozent geben ihm negative Noten für seinen Job in der Pandemie.

O dem

Für viele Manfred Lucha keine gute Figur in der

der Bürger seit zwei Jahren wesentlich mitbestimmen, nimmt die Zustimmung zum Kurs der Landesregierung in der Pandemie ab. Aber immerhin: 45 Prozent der befragten Bürger sind nach wie vor zufrieden mit der Linie in der Pandemie. Dabei entscheiden unterschiedliche Punkte über

eine positive oder negative Bewertung. Diejenigen, die mit der Coronakurs unzufrieden sind, stört am meisten, dass die Maßnahmen willkürlich erscheinen und sich widersprechen (67 Prozent). Auf dem zweiten Platz liegt, dass die Vorgaben sich ständig ändern und Planbarkeit fehlt (66 Prozent). 61 Prozent bemängeln, dass die Landesregierung keine Strategie hat. Bei den zufriedenen Bürgern dagegen findet knapp die Hälfte (48 Prozent), dass die Einhaltung der Coronaregeln zu wenig kontrolliert wird, 42 Prozent kritisieren die ständigen Veränderungen, 35 Prozent gehen die Vorgaben nicht weit ge-

Gesundheitsversorgung Fast zwei Drittel der hefragten Pitter der befragten Bürger (65 Prozent) gaben an, dass es negative Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheitsversorgung in ihrer jeweiligen Region gibt. Nur jeder fünfte Befragte gab sich überzeugt, dass Corona praktisch keine Auswirkungen in seiner Region hat. Dem widerspricht in gewisser Weise, dass fast die Hälfte (49 Prozent) weiß oder davon ausgeht, dass in den Kliniken der eigenen Region viele wichtige Operationen wegen der Pandemie verschoben werden.



Bürger macht Zufriedenheit Nach-Corona-Einschränkungen das Leben Pandemie.